



Evangelisch-reformierte Kirche
Schweiz

Thementage der Basler Theologischen Fakultät 10.–12. Mai 2021

Dienstagvormittag, 11. Mai

Podium mit Rita Famos, Felix Gmür, Ralph Lewin

„Religionsinstitutionen – Spielräume und Pflichten im politischen Raum“

Eingangsvotum Rita Famos, Präsidentin EKS

Sehr geehrte Damen und Herren

Mein Wahlkampf und meine Wahl im November 2020 fielen zeitlich zusammen mit dem Abstimmungskampf der Konzernverantwortungsinitiative und es war wohl die häufigste Frage, die mir in den unzähligen Interviews anlässlich meiner Wahl gestellt wurde: Wie politisch darf/muss die Kirche sein?

Gerne äussere ich mich einleitend zu diesem Podium zu diesen Fragen, die im Titel des Podiums eigentlich ganz gut zusammengefasst sind.

Die Debatten rund um die Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative haben sichtbar gemacht, dass ein politisches Engagement von Religionsgemeinschaften im Allgemeinen und gerade der öffentlich-rechtlich anerkannten Landeskirchen im Speziellen keinesfalls allgemein anerkannt, sondern mitunter umstritten ist. Die Gründe hierfür sind ganz unterschiedlicher Natur und reichen von recht simplem parteipolitischen Kalkül bis zu staatspolitischen Bedenken.

Parteien, Journalistinnen, Kommentatoren, ja sogar die Bundeskanzlei und das Bundesgericht haben sich in den letzten Monaten über diese Fragen gebeugt. Mir scheint jedoch, dass es uns nicht gelungen ist, unser genuin kirchliches Selbstverständnis zu dieser Frage in die öffentlichen Debatten einzubringen.

Lassen Sie mich für unser evangelisch-reformiertes Selbstverständnis in Bezug auf den Öffentlichkeitsauftrag die Leuenbergerkonkordie von 1973 zu Hilfe nehmen, also das Gründungsdokument der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa.

Randziffer 11 bezieht sich auf den Öffentlichkeitsauftrag der Kirche:

1Diese Botschaft (d.h. das Evangelium) macht die Christen frei zu verantwortlichem Dienst in der Welt und bereit, in diesem Dienst auch zu leiden.

2Sie erkennen, daß Gottes fordernder und gebender Wille die ganze Welt umfaßt.

3Sie treten ein für irdische Gerechtigkeit und Frieden zwischen den einzelnen Menschen und unter den Völkern.

4Dies macht es notwendig, daß sie mit anderen Menschen nachvernünftigen, sachgemäßen Kriterien suchen und sich an ihrer Anwendung beteiligen.

5Sie tun dies im Vertrauen darauf, daß Gott die Welt erhält, und in Verantwortung vor seinem Gericht.

Wenn Christinnen und Christen gemäss LK eintreten sollen „für irdische Gerechtigkeit und Frieden zwischen den einzelnen Menschen und unter den Völkern“ kann es für mich nie zur Disposition stehen, dass sich die evangelisch-reformierten Kirchen in den öffentlichen Diskurs um politische Fragen einmischen, die grundlegende ethische Orientierungen berühren, sondern nur, *wie* sie es tun.

Zu der Frage des WIE möchte ich gerne vier Leitlinien benennen, die mich in meinem kirchenpolitischen Handeln leiten.

Die Evangelisch-reformierte Kirche gibt sich folgendermassen in den politischen Diskurs ein:

1. In der Haltung des Vertrauens auf Gott und sein Reich

Unser christliches Agieren im öffentlichen und politischen Raum steht zwischen Handeln und Gelassenheit. So haben wir in unserem neusten Produkt „10 Fragen – 10 Antworten“ zu den Umweltvorlagen vom 13. Juni formuliert:

„Christinnen und Christen sind demzufolge gerufen, für die gesamte Schöpfung Verantwortung zu übernehmen und ihr Entscheiden und Handeln nach dieser Mitverantwortung auszurichten. Gleichzeitig vertrauen sie darauf, dass die ganze Schöpfung in Gottes Hand liegt und letztendlich seiner Erlösung bedarf. Mutiges Handeln zugunsten eines gerechten, friedlichen und umweltbewussten Zusammenlebens der Menschen gehört ebenso zur Haltung von Christinnen und Christen wie Gelassenheit und Vertrauen in das erlösende Wirken Gottes.“

Wir müssen und wollen nicht in die apokalyptische Rhetorik, weder von rechts noch links einstimmen. Unsere Motivation ist nicht die Welt zu retten, das tut ein anderer. Es geht uns darum, uns einzumischen in den öffentlichen Diskurs und unsere Werte und Glaubensüberzeugungen im Dialog mit der Gesellschaft und deren anstehenden Herausforderungen zur Verfügung zu stellen.

2. In dialogischer Methode

Auch als Christinnen und Christen müssen wir bescheiden bleiben, wie es Lukas Engelberger gestern auf dem Podium aus der Sicht eines Politikers gesagt hat: Wir kennen nicht der Weisheit letzter Schluss, wir argumentieren auf Vorläufigkeit hin. Wenn wir uns im Zusammenhang mit politischen Debatten äussern, dann im Sinn, dass Positionierungen in der pluralistisch geprägten Gesellschaft nicht mit dogmatischen Geltungsansprüchen kommuniziert werden können, sondern stets für alle Menschen guten Willens argumentativ plausibilisiert werden. Wir setzen unsere Haltung und Werte in Dialog, wir stellen sie für den aktuellen politischen Diskurs zur Verfügung.

3. Im Sinn einer Hilfestellung im Meinungsbildungsprozess der eigenen Mitglieder

Die evangelisch-reformierte Kirche Schweiz ist eine Institution, die eine grosse Vielfalt unterschiedlicher Frömmigkeiten und politischer Einstellungen unter ihrem Dach versammelt. Das ist nicht unsere Schwäche, wie immer wieder behauptet wird, sondern ein Teil unseres Profils und unserer Stärke. Unsere Mitglieder lassen sich glücklicherweise den Glauben nicht vorschreiben, ebenso wenig die Einstellung zu gesellschaftlichen und politischen Fragen. Sie sind Gewissenssache.

Von den je eigenen Positionierungen der Mitglieder zu unterscheiden, ist jedoch der Verkündigungsauftrag der Kirchen gegenüber der gesamten Gesellschaft. Im Blick auf die plurale Gesellschaft und im Blick auf die Vielfalt der eigenen Mitglieder gerade auch im Blick auf die Vielfalt der Mitglieder ist stets klarzumachen, dass die eigenen Positionierungen stets Orientierungsangebote aus einer theologisch-ethisch reflektierten Werte darstellen. Wenn der Eindruck entsteht, dass jemandem, der oder die anders denkt, der rechte Glauben abgesprochen wird, dann war die Form der kirchlichen Positionierung falsch. Es ist unsere andauernde Aufgabe, die Form bzw. das «Wie» der Positionierungen immer wieder zu diskutieren und gegebenenfalls zu justieren.

4. Selbstbewusst

In einer liberalen Gesellschaft, die vom demokratischen Diskurs lebt, muss von allen Partnern meines Erachtens nicht nur die Akzeptanz, sondern sogar das Interesse bestehen, dass sich auch die Kirchen leidenschaftlich in diesen Diskurs einbringen.

Auch wenn politische Akteure nicht immer inhaltlich mit Stellungnahmen der Kirchen übereinstimmen, so müssen sie doch anerkennen (wollen), dass Kirchen unverzichtbarer Teil öffentlicher Auseinandersetzungen sind.

Diese Forderung untermaure ich gerne mit Verweis auf das sogenannte Böckenförde Diktum.

Der Jurist und Rechtsphilosoph Ernst Wolfgang Böckenförde formuliert 1964 in einem Seminarbeitrag:

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“

Als Religionsgemeinschaften können wir die die Voraussetzungen für einen freiheitlichen, säkularisierten Staat nicht garantieren, aber wir können mit je unseren Eigenheiten dazu beitragen.

Wir vermitteln Gemeinschaft, Halt, Sinnhaftigkeit, Orientierung. Wir fördern Gemeinsinn, Solidarität, Verantwortungsbewusstsein. Alles Eigenschaften, an denen der Staat ein eminentes Interesse haben muss. Dies sollten wir selbstbewusster in die Waagschale werfen, wenn es um die Frage geht, inwieweit Religionsgemeinschaften für den Staat relevant sind und sich in den öffentlichen Diskurs einmischen sollten.

Zum Schluss

Mittlerweile sind seit meinem Amtsantritt am 1. Januar bereits 4 Monate ins Land gestrichen, die Frage und das Ringen um die Frage der Verhältnisbestimmung von Kirche und Politik sind nicht abgeklungen.

Es ist mir ein Anliegen, zusammen mit den anderen Religionsgemeinschaften die Kirchen und Religionsgemeinschaften auch gerade in einem säkularen Staat zu positionieren als Sinn- und Orientierungsressourcen, die sich der Staat selber nicht erschliessen kann.